

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 596

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 199.

Verlagspreis f. Halle u. Gera 2.50 Mk. durch d. Post bezogen 3 Mk. f. d. Vierteljahr. Halbjährlich 5 Mk. 2.00. Die Halle des Verlags ist in Halle a. S. in der Poststraße 10. Die Gera des Verlags ist in Gera a. S. in der Poststraße 10. Die Halle des Verlags ist in Halle a. S. in der Poststraße 10. Die Gera des Verlags ist in Gera a. S. in der Poststraße 10.

Zweite Ausgabe

Verlagspreis f. d. halbjährliche Ausgabe ab. durch d. Post bezogen 3 Mk. f. d. Vierteljahr. Halbjährlich 5 Mk. 2.00. Die Halle des Verlags ist in Halle a. S. in der Poststraße 10. Die Gera des Verlags ist in Gera a. S. in der Poststraße 10.

Freitag, 21. Dezember 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon-Nr. VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Zeltner in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 20. Dezember.

Die Partei der Nichtwähler!

Nur ein paar Zehntel! 1903 sind über 25 Pro. der Wahlberechtigten von der Urne ferngeblieben. Die Partei der Nichtwähler machte also den vierten Teil aller Wähler aus. Sie verfügte über mehr als 3 Millionen Stimmen. Sie war also stärker als die Dreimillionenpartei der Sozialdemokratie. Die Partei der Nichtwähler rekrutiert sich nicht aus der Sozialdemokratie, auch nicht aus dem Zentrum. Soll der Reichstag besser werden, so muß diese Partei verschwinden. Ihre Stimmen gehören der Minorität vom 13. Dezember!

Der Ansturm des Bundes der Landwirte

trat am Donnerstag 10 Uhr vormittags im Abgeordnetenhause zusammen und hielt eine mehrstündige Besprechung der Neuwahlen zum Reichstage ab. Den Beratungen wurde der vom eigenen Vorstände vor einigen Tagen erlassene Aufruf zu Grunde gelegt.

Evangelische Arbeitervereine.

Der 20 000 Mitglieder zählende Verband der evangelischen Arbeitervereine von Rheinland-Westfalen beschloß, um jede Zerstückelung der nationalen Stimmen bei den Reichstagswahlen zu vermeiden, von eigenen Kandidaturen abzusehen.

Der Wahlaufbruch des Zentrums

enthält zahlreiche irreführende Behauptungen. Gleich im Anfang wird es so dargestellt, als hätte sich die Entscheidung im Reichstage nur um 8 000 000 Mark gedreht. Damit wird die Tatsache verflüchtigt, daß das Zentrum für die Ablehnung des ganzen Nachtrags von 29 220 000 Mk. verantwortlich ist. Die Statistik wußte, daß der von ihr gewinnliche Mehrertrag für die Regierung unannehmbar war, und sie brachte in voller Kenntnis dieses Umstandes die Regierungsvorlage zu Fall.

Sodann wird von einem Antrage des Zentrums gesprochen, der dahin zielen sollte, „die überaus kostspielige, einen Aufwand von 10 000 Mk. pro Kopf jährlich erfordernde Schutztruppe vom allen Aufgeben politischer und kultureller Art zu entlasten und demgemäß ihre Zahl und Kosten dauernd zu vermindern“. Dieser Antrag sei von der Kolonialverwaltung seiner Bräutigam gewirkt worden. Einem derartigen Zentrumsantrage erinnern wir uns, so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, nicht. Der Reichstag hat er jedenfalls nicht beabsichtigt. Sollte der Aufruf etwa den Antrag auf Verminderung der Schutztruppe auf 2500 Mann meinen, so wäre die Behauptung falsch, daß er seiner Prüfung gemindert worden ist. Um diesen Antrag drehte sich ja ein großer Teil der Diskussion im Plenum und in der Kommission.

Wenn übrigens jeder Schutztruppenmann dem Reiche 10 000 Mk. kostet, so trägt das Zentrum die Weisheit daran durch die Ablehnung der Schutztruppe ein Vermittlungswort zu sein. Wäre die Sache im vorigen Sommer verhandelt worden und der Bau vollendet, so hätten die Kosten sich auf 55 400 Mk. pro Kopf ermiedert.

Der Aufruf bezieht weiter die Auflösung des Reichstages als „einen Angriff auf dessen Stellung als selbständiges, in eigener Verantwortung handelndes gleichberechtigtes Organ der Gesetzgebung“. Davon ist keine Rede. Die Auflösung ist die konstitutionelle Ausübung eines in der Reichsverfassung festgelegten Rechts der verbündeten Regierungen. Der Beschluß des Bundesrates über die Auflösung ist einstimmig gefaßt worden.

Das Budgetrecht des Reichstages wird, entgegen der Behauptung des Aufrufes, in seiner Weite durch die Auflösung berührt. Es spielt in der ganzen Frage, die jetzt zur Entscheidung des Volkes steht, gar keine Rolle. Der Zentrumsaufruf befindet durch seine falsche Ansetzung der Auflösung eine unerwartete Mißachtung der Wähler, die bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Reichstag anzurufen ein im höchsten Sinne konstitutioneller Akt ist.

Zum Schluß erklärt das Zentrum, so schließt anerkanntes Recht, seinen Willen, das verfassungsmäßige Wahlrecht hochzuhalten. Das Zentrum hat in dieser Willensmeinung nichts vor den anderen Parteien voraus, und auch nichts vor der Reichsregierung, die sich in der Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes von niemand überlegen läßt.

Warum der Däne Hansen für die Regierungsvorlage stimmte.

erklärt derselbe in einem längeren Artikel des dänischen Blattes „Reindal“. Es ist geheißen, 1. weil er wußte, daß, wenn die Regierungsvorlage nicht durchginge, der Reichstag aufgelöst werde und eine Agitationspartei für die Neuwahlen in der Winterzeit für die Danenpartei aus verschiedenen Gründen ungünstig liegt; 2. weil er nicht seine

Gand dazu reiden wollte, dem Fürsten v. Bülow in dieser Zeit Schwierigkeiten zu machen.

* **Wiederholte Wahlfahrt** hat die sozialdemokratische Parteileitung veranlaßt. In dem einen, der im „Vorwärts“, im „Sachs. Arbeiterzeitung“, in der Frankfurter „Volksstimme“ u. a. abgedruckt ist, heißt es:

„Wähler Deutschlands! Wir wissen, daß alles, was wir heute erreichen können, nur durch die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei zu erreichen ist. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umwandlung unserer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft, die volle Anteilnahme an den Erzeugnissen der Kultur auch für den letzten unter uns nur das Werk des freien Willens und der klaren Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, durch die Einseitigkeit der herrschenden Klassen, die Neuorganisation der Kräfte herbeiführen, d. h. die Einheit und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage schaffen. Die Not der Zeit leitet die Menschen denken.“

In der anderen Fassung, die beispielsweise in der „Reichsboten Volkszeitung“ und in der Breslauer „Volksmacht“ zu finden ist, heißt es:

„Wähler Deutschlands! Wir wissen, daß alles, was wir heute erreichen können, nur durch die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei zu erreichen ist. Wir wissen, daß eine Reform von Grund aus eine durchgreifende Umwandlung unserer ökonomischen und politischen Zustände erfordert, daß volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft, die volle Anteilnahme an den Erzeugnissen der Kultur auch für den letzten unter uns nur das Werk des freien Willens und der klaren Einsicht der großen Mehrheit der Nation sein kann. Aber wir wissen auch, daß die Zustände, die heute herrschen und sich immer mehr zuspitzen werden, durch die Einseitigkeit der herrschenden Klassen, die Neuorganisation der Kräfte herbeiführen, d. h. die Einheit und den Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage schaffen. Die Not der Zeit leitet die Menschen denken.“

Der Unterschied zwischen beiden Fassungen ist sehr erheblich. Es ist recht interessant, die sozialdemokratische Parteileitung bei solchen Anlässen zu beobachten.

„Den hat Gott gerichtet!“

rief der Abg. Noeren aus, als er den Tod des von ihm zu Unrecht verurteilten Affessors Ties in Logo erfuhr. Sein hartherziges Wort ist energisch zurückgewiesen worden. Im Reichstage nahm bekanntlich der Kolonialdirektor Dernburg noch am Tage der Auflösung das Mandat des Affessors Ties in Schutz, indem er erklärte, daß er ein „außerordentlich tüchtiger, braver und wackerer Beamter war, der im Dienste seines Vaterlandes und seiner Kaiserin in Logo gestorben ist“. Die Mutter des Verstorbenen hat darauf dem Kaiser einen Dankbrief überreicht, in dem sie schreibt: „Ein Zurücktreten gelte, daß ich es wage, meinen innigsten Dank auszusprechen für die Veranlassung zur Verleihung meines verstorbenen Sohnes. Dieser habe ich gelitten und leide noch unter der Anklage meines unangenehmen Schicksals. Ich habe meine drei Töchter unter Sorgen und Mühen erzogen, nach einem Dr. med. und einem Dr. phil. in Berlin, Paris und Gießen, und nicht einer hat mir in diesen Fällen Summen gemacht, trotzdem ich Witwe bald viel Geld hatte und mein lieber Mann lange Zeit fröhlich war. Um so mehr trifft mich die Anklage. — Ich kann nicht glauben, daß mein Sohn die Greuelthaten begangen hat, denn, wenn ich brieflich ermahnte: „Sei mir gegen die Eingeborenen“, so fühlte ich mich zum Glück. — Sei mir gegen die Eingeborenen“, so fühlte ich mich zum Glück. — Sei mir gegen die Eingeborenen“, so fühlte ich mich zum Glück. — Sei mir gegen die Eingeborenen“, so fühlte ich mich zum Glück.“

* **Eindeutigkeit in London.** In London werden, wie schon angedeutet, zuerst Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär Grey und dem Vizekönig Grafen Wolff-Meternich sowie dem Gouverneur v. Lindeau in geläuterter gemeinsamer deutsch-englischer Verhandlung zur Befestigung des Grenzgebietes zwischen der Kolonie und Deutsch-Südwestafrika. Die Verhandlungen waren schon vor dem Reichstagsauflösung vorbereitet; vor dem Abschlusse der Verhandlungen soll noch die Kaperegierung gehört werden.

* **Die Affessoren in der Kolonialabteilung.** Gegenüber der zutage tretenden Auffassung, die daß der in der Kolonialabteilung beschäftigten Affessoren könne gewiss vermindert und bei dieser Gelegenheit überhaupt an Beamten, die für die Kolonialverwaltung in Betracht kommen, bemerkt die „Neue politische Korrespondenz“: Die Erhöhung in der Anzahl der bei der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zur Vorbereitung in dem Zangendienst beschäftigten Affessoren wurde verlangt, um die Einwirkung der Verwaltungstätigkeit in den Angelegenheiten und dem sich daraus ergebenden größeren Personalbedarf zu decken. Hierfür ist angelegt, bei der Auswahl der Kandidaten auf ältere Bewerber zurückzugreifen, denen allerdings höhere Bezüge zuzusetzen, als es nach dem früheren Verfahren der Heranziehung jüngerer Kräfte der Fall gewesen war. Außerdem mußte es als zweckmäßig erachtet werden, diese Vorbereitung auch auf andere, nicht in Betracht kommende Kategorien der höheren Beamten, insbesondere auf die Angehörigen des Bau- und Berg-

baues, auszuweiten. Auch die Lage der Grenzregulierung in Kamerun nötigte dazu, zur Ausbittlung für diese Dienst mehr Kräfte heranzuziehen, als von vornherein beabsichtigt war.

* **Se. Maj. der Kaiser,** welcher Mittwoch abend aus Berlin nach dem Neuen Palais zurückgekehrt ist, hörte Donnerstag vormittag die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Generalstabes der Armee. — Der Monarch wird, wie in Wien verlautet, im nächsten Jahre dem Fürsten Lichnowsky auf dessen Schloß Gräß bei Troppau einen Besuch abstatten.

* **Zum italienischen Volkstagswechsel** in Berlin schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“:

„Der italienische Botschafter Graf Langza ist von seinem Posten abberufen worden. Der bayerische Botschafter in London, S. A. A., tritt an seine Stelle. Mit S. A. A. leben unter politischen Aspekten den um die deutsch-italienischen Beziehungen hundertjährigen langjährigen Vertreter des Königs von Italien von Berlin scheidet. Wir wünschen dem Grafen Langza, dessen reiche Wirksamkeit als ständischer Sekretär und als hervorragender Staatsmann seinen Namen ein dauerndes Andenken, einen langen, ungetrübten Lebensabend.“

* **Todesfall.** Der bisherige konservative Reichstagsabgeordnete von Paltitz, Bornow ist gestorben.

* **Die braunschweigische Frage.** Nach dem Eingange des letzten Schreibens des Herzogs von Cumberland und will jetzt der gegenwärtige Herzog in Braunschweig, wie die „Braunschweig. Volksztg.“ erfährt, die fahrende Drahtfolgenreise vor den Bundestag bringen. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

* **In der Sitzung des Bundesrats** am 20. cr. fand der Ausdrucksbericht über die Vorlage betr. die Ausprägung von Zehnpfennigstücken Zustimmung.

Deutschland und Spanien. Auf eine Anfrage in der spanischen Deputiertenkammer, ob die Beziehungen des spanisch-afrikanischen Modus vivendi zwischen Deutschland und Spanien bereits unterzeichnet sei oder unterzeichnet werden würde, erwiderte der Minister des Auswärtigen, daß sich nichts in den deutsch-spanischen Handelsverträgen findet, welche es richtig ist, falls ein solcher Vertrag abgeschlossen werden sollte, würde er rechtzeitig den Fortes unterbreitet werden, um darüber zu beraten.

Ausland.

Frankreich.

Der Kirchenstreit.

Donnerstag früh fand nach einer Meldung aus Paris die Sitzung des Senats statt. Der Vizepräsident legte das Tagesprogramm vor und erklärte, daß er nur der Gehalt weide.

Das leitende Komitee des Verbandes der protestantischen Kirchen Frankreichs veröffentlichte ein Gutachten, in welchem gebeten wird, daß die Kirche über die Angelegenheiten, die von den Katholiken am 13. Dezember im vorigen Glauben vorgenommen worden seien, als gültig anerkannt werden möchte, obwohl die neue Regierungsvorlage verlangt, daß jene Verbände die Kirchensteuer von dem 11. Dezember abhören lassen müssen.

Merdal hat in der Vorrede am 20. cr. den Bischof von Metz, Kardinal von Metz, in welchem er sich entfernte. Eine Menge von etwa 1500 Personen veranstaltete eine Kundgebung unter dem Vorzeichen: „Es lebe die Freiheit“. Der Kardinal begab sich zunächst in die Kathedrale, wo er eine Ansprache hielt, und dann in seine neue Wohnung.

Der Senat.

hat die Vorlage betreffend Ratifikation der Algecirassat ohne Debatte angenommen. — Eine lange Beratung empfing sich jedoch über eine Erhöhung der Entschädigung der Parlamentarier. Die Senatskommission hat sich für die Erhöhung von 9000 auf 15 000 Frk. und endlich auch das Senatsbudget insgesamt angenommen.

Die Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, welcher die Kolonie Französisch-Westafrika ermächtigt, eine Anleihe von 100 Millionen Frans aufzunehmen.

Die Regierung.

besteht, in der Kammer unverzüglich eine Vorlage einzubringen, welche die Eidesformel der Beamten und der Vorlesenden der Gerichte abändert. Es gilt für notwendig, daß die Regierung einfach die Unterdrückung der Worte „Vor Gott und vor den Menschen“ in der Eidesformel verlangen wird.

Rußland.

Die Wahlen.

Der russische Ministerrat hat die Wahlen der Volksämter auf den 15. Januar, die Abgeordnetenwahlen auf den 5. Februar anberaumt.

Verchiedenes.

Die Petersburger Telegramm-Agentur teilt mit: „In der letzten Zeit wurden in verschiedenen Kreisen der russischen Presse in verschiedene Formen gefälschte Gerüchte verbreitet über eine in direkter oder indirekter Form bevorstehende außerordentliche Anleihe. Alle diese Gerüchte beruhen auf bunter Erfindung; die russische Regierung schiebt mit niemandem, weder direkt noch indirekt, obzwar durch Bestätigung irgend jemandes in Rußland oder im Auslande Verhandlungen betreffend eine Anleihe. Alle diesbezüglichen Gerüchte verlosen augenblicklich einen raschen, all und jedermann zu überzessenen, Auslands-Beitrag auf seiner finanziellen Lage für nur in dem sofortigen Abschlusse einer hohen äußeren Anleihe zu suchen. Unsere Lage ist keineswegs bedauerlich und kann der Umkehr durch baldige Gerüchte und Gerüchte seit dem Bestehen seit einem halben Jahre verbreitet werden und unbefähigt

Hellen, müßte nicht voreingenommen sein als der beste Beweis dafür dienen, daß die ...

Der Rektor der Universität ... gibt durch ... bekannt, daß er am 19. d. Mts. ein Schreiben des ... erhalten habe, in dem ...

Eine Note der ... an die ... teilt mit, daß das in der ... vorgesehene ...

Das Befinden des ... Seit Mittwoch hat sich der ...

Die ... In Unterloose stand in der ...

Parlamentsberatung. In Unterloose wurde bekanntgegeben, daß das ...

Writia. Die Lage in ... In der ...

Halleische Nachrichten. Halle a. S., 21. Dezember 1906. In einer ...

Professur Koch über die ... Die ersten ...

Professur Koch über die ... Den eigentlichen ...

Professur Koch über die ... Die Kaiserliche ...

Professur Koch über die ... Aus Nah und Fern. Die Kaiserliche ...

Professur Koch über die ... Aus Nah und Fern. Die Kaiserliche ...

an flachen, nur mit ... ausbleibend die ...

Die Ausbreitung der ... Die Ausbreitung der ...

Es kam nun Koch darauf an, nicht nur die ... sondern auch die ...

Bei dieser ungeheuren ... nach ein Hilfsmittel helfen, das ...

Die Kaiserliche ... Die Kaiserliche ...

Aus Nah und Fern. Die Kaiserliche ...

einer ... der ...

Ein ... der ...

In ... der ...

Das ... der ...

Erdbeden. Die ... der ...

In ... der ...

Notlage in ... der ...

Ausfolge des ... der ...

Im ... der ...

Aus Nah und Fern. Die Kaiserliche ...

